

Zusammen. FÜR UNSER ÖSTERREICH.

An aerial photograph of a mountainous region in Austria. The foreground shows a dense forest of evergreen trees, some covered in snow. In the middle ground, there is a small village with several buildings and a large, snow-covered area that appears to be a frozen lake or a ski run. The background features two large, rugged mountain peaks with significant snow cover under a clear blue sky.

**REGIERUNGS-
PROGRAMM
2017-2022**

Bild: FPÖ/Ruttinger



Mit aller Kraft für Land und Leute

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Am 15. Oktober 2017 ist der Wunsch der Bevölkerung nach Veränderung sichtbar geworden. Jenes Vertrauen, das die Bevölkerung in uns Freiheitliche und in unsere Regierungspartner gesetzt hat, müssen wir nun mit Demut und Bescheidenheit politisch umsetzen. Und es wird viele kleine Schritte brauchen, um den Gipfel zu erreichen. Wir wollen dabei nicht alles anders, aber vieles besser machen, um das Schiff Österreich wieder auf Kurs zu bringen.

Dabei muss uns klar sein, dass die Bundesregierung nicht mehr und nicht weniger als ein Diener der Österreicherinnen und der Österreicher ist. Und dieser Dienst an Land und Leuten muss darin bestehen, mit aller Herzenskraft das Beste für die eigene Bevölkerung sicherzustellen.

Wenn wir das Motto „Zusammen. Für unser Österreich.“ für unser Regierungsprogramm gewählt haben, so verstehen wir darunter einmal den respektvollen Umgang miteinander. Auch in diesem Bereich wollen wir einen politischen Stil, der früher allzu sehr auf Streitkultur hin fokussiert war, in eine konstruktive Gemeinsamkeit verwandeln.

Natürlich muss die neue Regierung bedauerlicherweise auch Altlasten übernehmen. Und dabei gab es trotz aller Gemeinsamkeiten der beiden Regierungsparteien für jede der beiden Seiten auch „rote Linien“, die man in den Verhandlungen nicht überschreiten konnte. Dafür können wir nun aber zahlreiche positive Dinge in die politische Realität umsetzen. Dass es bei zwei Koalitionspartnern unterschiedliche Auffassungen gibt, gehört allerdings zum Wesen der Demokratie.

Zwei Kernthemen unserer künftigen Politik in der Regierung werden Ordnung und Sicherheit sein. Wir dürfen die Exekutive nicht im Stich lassen und müssen sie in einer schwierigen Zeit optimal unterstützen. Dabei werden wir klar zwischen Zuwanderung und Asyl trennen. Jenen Menschen wollen wir Schutz auf Zeit bieten, die wirklich vor Verfolgung flüchten müssen. Für illegale Migration hingegen, die zumeist bekanntlich unter Missbrauch des Asylrechts stattfindet, darf es in Österreich

keinen Platz geben. Daher wollen wir massive Schritte für ein effizienteres Asylwesen setzen und für eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylwerber sorgen. Unser Ziel muss es dabei sein, die Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat zu stoppen. In diesem Sinne wollen wir auch eine europarechtskonforme Indexierung der Familienbeihilfe einführen, also die Anpassung an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen EU-Staat, in dem die Kinder von Familiengeldbeziehern tatsächlich leben.

Auch die von uns Freiheitlichen seit langen Jahren verlangte Harmonisierung im Bereich der Sozialversicherungen werden wir ehestmöglich umsetzen, wobei die Anzahl der Sozialversicherungsträger auf maximal vier bis fünf reduziert wird. Mit dem Ziel, die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken, soll wiederum eine massive Vereinfachung des Steuersystems einhergehen. Im Mittelpunkt wird dabei eine umfassende Reform des Einkommensteuergesetzes stehen. Überdies wird ein „Familienbonus Plus“ in Form eines Abzugsbetrages von 1.500 Euro pro Kind und Jahr eingeführt werden, wodurch die Steuerlast für kindererziehende Familien entsprechend reduziert werden soll.

Alles in allem sind wir guten Mutes und festen Willens, das Vertrauen, das Sie in uns gesetzt haben, nicht zu enttäuschen. Die neue Bundesregierung, bestehend aus Freiheitlichen und Österreichischer Volkspartei, hat sich hohe Ziele gesetzt. Aber um den politischen Berggipfel zu erreichen, müssen wir, wie bereits gesagt, viele kleine Schritte tun.

Ihr



Vizekanzler Heinz-Christian Strache
FPÖ-Bundesparteiohmann

Der Bundesvorstand der FPÖ hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dass sich unsere Partei in einer Koalition mit der ÖVP an der nächsten Bundesregierung beteiligen soll. Basis dafür ist das in den letzten Wochen ausverhandelte, umfangreiche Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“

Es ist unserem starken Verhandlungsteam gelungen, die freiheitliche Handschrift deutlich sichtbar zu machen. Sie findet sich in weit mehr als 50 Prozent der beschlossenen Maßnahmen, die wir gemeinsam in den nächsten fünf Jahren umsetzen wollen. Natürlich waren die beiden Parteien nicht überall einer Meinung. In vielen Bereichen wurden Kompromisse geschlossen, die jedoch allesamt ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung freiheitlicher Kernforderungen sind. In manchen Bereichen gab es auch „rote Linien“. Sowohl wir als auch unser künftiger Regierungspartner mussten in einigen wenigen Bereichen über unseren Schatten springen, um diese Zusammenarbeit möglich zu machen.

Hier zwölf der ganz wesentlichen Verbesserungen für Österreich, auf die wir uns geeinigt haben:

1. Mit einer **umfassenden Steuerreform** vor allem im Bereich der Einkommensteuer werden wir die viel zu hohe Steuer- und Abgabenquote im Land schrittweise auf 40 Prozent reduzieren. Gespart werden soll dafür durch einen schlankeren Staat. Das Steuersystem soll außerdem massiv vereinfacht und dadurch sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer wesentlich verständlicher gemacht werden.

2. **„Familienbonus Plus“** zur Förderung der Familien. Wir stellen sicher, dass die Steuerlast, die Eltern zu tragen haben, pro Kind und Jahr um bis zu 1.500 Euro reduziert wird. Bezieher niedriger Einkommen werden außerdem durch eine Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags entlastet. Gleichzeitig wollen wir den Abfluss der Familienbeihilfe ins Ausland massiv einschränken.

3. **Stopp der Zuwanderung in unser Sozialsystem:** Die Mindestsicherung für Asylberech-



Mit blauer

tigte wird auf 365 Euro monatlich reduziert. Nur für Flüchtlinge, die sich aktiv in unsere Gesellschaft einfügen, gibt es einen zusätzlichen Integrationsbonus. Die Grundversorgung für Asylwerber wird vermehrt durch Sach- statt Geldleistungen erfolgen.

4. Asyl als Schutz auf Zeit, aber entschlossener **Kampf gegen Asylmissbrauch** und illegale Migration. Die Asylverfahren sollen effizienter abgewickelt und Rückführungen von Asylschwindlern konsequent vorgenommen werden.

5. Die Leistungen der älteren Generation anerkennen wir mit einer **Mindestpension von 1.200 Euro** bei 40 Beitragsjahren und mindes-



Handschrift

tens 1.500 Euro für Ehepaare, in denen ein Partner 40 Jahre zu unserem Sozialsystem beigetragen hat. Die Pensionen werden künftig jährlich auf Vorschlag der Pensionskommission erhöht.

6. Wir sichern in der Gastronomie die Entscheidungsfreiheit von Unternehmern und Kunden durch eine **Rücknahme des geplanten absoluten Rauchverbots**. Wirte werden weiter selbst entscheiden können, ob bei ihnen geraucht werden darf. Durch die beabsichtigte Neuregelung wird aber auch der Jugendschutz wesentlich ausgebaut. Die Senkung der Umsatzsteuer auf Nächtigungen von 13 auf 10 Prozent und die Anpassung der Abschreibungsdauer an die tatsächliche Nutzungsdauer sind weitere

wesentliche Impulse für die heimische Tourismuswirtschaft.

7. **Härtere Strafen für Gewalt- und Sexualverbrecher**, weil es nicht sein kann, dass Opfer ein Leben lang leiden, die Täter aber schon nach kurzen Haftstrafen wieder in die Freiheit entlassen werden.

8. Klare **Leistungsorientierung im Bildungswesen**. Es wird in allen Schulen wieder die traditionellen Noten geben, um Leistung transparent zu beurteilen. Am Regelunterricht darf nur teilnehmen, wer über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Dazu werden eigene Deutschklassen eingerichtet.

9. **Stärkung der direkten Demokratie** durch eine Aufwertung von Volksbegehren und das klar zum Ausdruck gebrachte Vorhaben, ausreichend unterstützte Bürgeranträge künftig Volksabstimmungen zu unterziehen, wenn das Parlament den Bürgerwillen nicht selbst umsetzt.

10. Gerade weil uns die Demokratie so wichtig ist, verbessern wir das **Bürgerservice bei Wahlen**. Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten können künftig in einem Schritt gemeinsam mit der Stimmabgabe erledigt werden. Durch die Identitätskontrolle bei der Behörde werden zudem Manipulationsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt.

11. „Weniger, aber effizienter“ als Leitsatz für eine **Entwicklung der Europäischen Union nach dem Subsidiaritätsprinzip**. Die EU soll sich auf wichtige Fragen beschränken, die für gemeinsame Lösungen geeignet sind, aber den einzelnen Mitgliedstaaten wieder mehr Spielraum lassen. Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir gemeinsam entschieden ab.

12. Unseren Landsleuten deutscher und ladinischer Sprache, für die Österreich auf der Grundlage des Pariser Vertrages und der nachfolgenden späteren Praxis die Schutzfunktion ausübt, wollen wir die Möglichkeit einräumen, **für Südtiroler zusätzlich zur italienischen die österreichische Staatsbürgerschaft** zu erwerben. ♦

Im Vorwort zum Regierungsprogramm formulieren Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache:

Mit großem Respekt und tiefer Dankbarkeit haben wir den Auftrag der Wählerinnen und Wähler angenommen, eine neue Regierung für unser Land zu bilden. Wir haben in den vergangenen Wochen in 25 Fachgruppen unter Einbeziehung zahlreicher Expertinnen und Experten unser Programm für diese neue Regierung formuliert. Die Gespräche orientierten sich an dem gemeinsamen Ziel, Österreich in eine gute Zukunft zu führen.

Dabei waren und sind große Herausforderungen zu bewältigen: Obwohl Österreich eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten im internationalen Vergleich aufweist, decken unsere Staatseinnahmen nicht die Staatsausgaben, der Schuldenberg wächst jedes Jahr weiter. Wir sind Weltmeister im Regulieren und im Einschränken von Freiheit und Selbstverantwor-

tung. Und unser Sozialsystem ist in eine Schiefelage geraten, weil der Einkommensunterschied zwischen arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen so gering ist, dass es nur noch wenige Anreize gibt zu arbeiten. Außerdem können sich viele Menschen von ihrem Lohn das Leben nicht mehr leisten, und immer mehr Menschen wandern in unser Sozialsystem zu.

Die Wahl am 15. Oktober hat gezeigt, dass die Österreicherinnen und Österreicher sich nach Veränderung sehnen. Veränderung darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Veränderung muss auf einem soliden Fundament dort Entwicklungen vorantreiben, wo die Politik in den letzten Jahren zu schwach war, um zu handeln. Dieses Fundament setzt sich zusammen aus der österreichischen Verfassung, der immerwährenden Neutralität, den Grundprinzipien der Europäischen Union, aber auch den Grund- und Menschenrechten, den bürgerlichen Freiheiten sowie den Rechten von Minderheiten.

Auf diesem Fundament wollen wir die Zukunft unseres Heimatlandes, aber auch des gesamten Kontinentes mitgestalten und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit jede und jeder Einzelne ein gelungenes Leben nach ihren bzw. seinen Vorstellungen erreichen kann.

Wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit und es ist uns eine Ehre, unserem Land dienen zu dürfen. Wir werden unsere Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen ausführen und bitten alle Österreicherinnen und Österreicher um ihre Unterstützung, um mit uns gemeinsam Österreich in die richtige Richtung zu entwickeln. ◆

Nach bestem Wissen und Gewissen für Österreich



Bild: FPO/Ruttiger

Die Präambel zum Regierungsprogramm der schwarz-blauen Koalition.

Die Neue Volkspartei und die Freiheitliche Partei Österreichs werden in den kommenden fünf Jahren gemeinsam für Österreich und seine Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Österreich ist eines der schönsten und lebenswertesten Länder der Welt – und das soll auch so bleiben. Die Menschen in Österreich leisten täglich Großartiges, damit wir unseren Lebensstandard erhalten können. Der unbändige Fleiß vieler Hände, das kreative Potenzial vieler Köpfe und der starke Wille vieler Herzen sind das Kapital, das uns auch in Zukunft unseren Wohlstand erhalten und weiter ausbauen lässt.

Auch wenn Österreich grundsätzlich gut da steht, haben wir in manchen Bereichen den Anschluss an die Spitze in Europa verloren. Wir können uns auf ein starkes Sozialsystem verlassen, das aber nicht mehr treffsicher und effizient ist. Wir haben einen guten Wirtschaftsstandort, der aber im Vergleich mit unseren Nachbarn nicht mehr wettbewerbsfähig genug ist. Und wir leben in einer freien und solidarischen Gesellschaft, die aber immer mehr herausgefordert ist durch die Verfehlungen in der Migrationspolitik in den vergangenen Jahren.

Um uns den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu stellen, bekennen wir uns zu einem neuen politischen Stil. Gemeinsam stellen wir uns den Aufgaben, die wir in den kommenden Jahren in Österreich bewältigen müssen. Wir arbeiten konstruktiv an Lösungen zum Wohle aller Österreicherinnen und Österreicher und diskutieren hart und ehrlich in der Sache, um zu den besten Ergebnissen zu kommen.

Mit unserer Politik fördern wir unternehmerische Initiative, belohnen die Fleißigen und sichern einen sozialen Ausgleich unter allen Ge-



Wohin der Weg geht ...

sellschaftsschichten. Wir setzen uns als Ziel, die Steuer- und Abgabenlast nachhaltig zu senken und mittelfristig keine neuen Schulden mehr zu machen. Wir schützen unseren Sozialstaat vor Missbrauch und werden die illegale Migration nach Österreich stoppen.

Wir werden durch einen Ausbau der direkten Demokratie die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen erhöhen.

Für unsere Zusammenarbeit in der XXVI. Gesetzgebungsperiode heißt das:

- Wir arbeiten konkret und effizient in der Bundesregierung, im österreichischen Parlament und auf europäischer Ebene zusammen.
- Die in der Regierung und im Parlament getroffenen Entscheidungen werden gemeinsam in der Öffentlichkeit vertreten.
- Die parlamentarischen Fraktionen der Koalitionsparteien und deren Klubobleute stellen ein gemeinsames Vorgehen in sämtlichen parlamentarischen Angelegenheiten, einschließlich der Abstimmungen, sicher.
- Alle vorgesehenen Maßnahmen werden nur umgesetzt, wenn sichergestellt ist, dass etwaige Mehrkosten oder Mindereinnahmen durch strukturelle Gegenfinanzierungsmaßnahmen gedeckt sind. ◆

Die Prinzipien der

Freiheit: Wir glauben an die Freiheit des Einzelnen und die damit verbundene Verantwortlichkeit und wollen in unserem Arbeitsprogramm Maßnahmen vorsehen, die die drückende Steuer- und Abgabenlast nachhaltig senken und den Menschen mehr individuelle Spielräume geben.

Verantwortung: Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Es liegt auch in der individuellen Verantwortung des Einzelnen, sich für ein harmonisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzusetzen und gegen jeden Versuch einer Diskriminierung oder Spaltung entschlossen aufzutreten.

Heimat: Wir wollen unsere Heimat Österreich als lebenswertes Land mit all seinen kulturellen Vorzügen bewahren. Dazu gehört auch, selbst zu

entscheiden, wer als Zuwanderer bei uns leben darf, und illegale Migration zu beenden.

Sicherheit: Österreich hat sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.

Generationengerechtigkeit: Wir wollen eine Politik mit langfristiger Perspektive machen, die neue Schulden so weit wie möglich einschränkt, sich nicht auf dem Rücken der nachfolgenden Generation finanziert und Fairness sowie soziale Gerechtigkeit für alle Generationen ermöglicht.

Familie: Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit. Für uns stehen vor allem die Kin-

Bild: Peter Lechner/HBF



neuen Regierung

der im Mittelpunkt – Familie soll ein Ort sein, wo sie behütet aufwachsen können und gut auf das Leben vorbereitet werden.

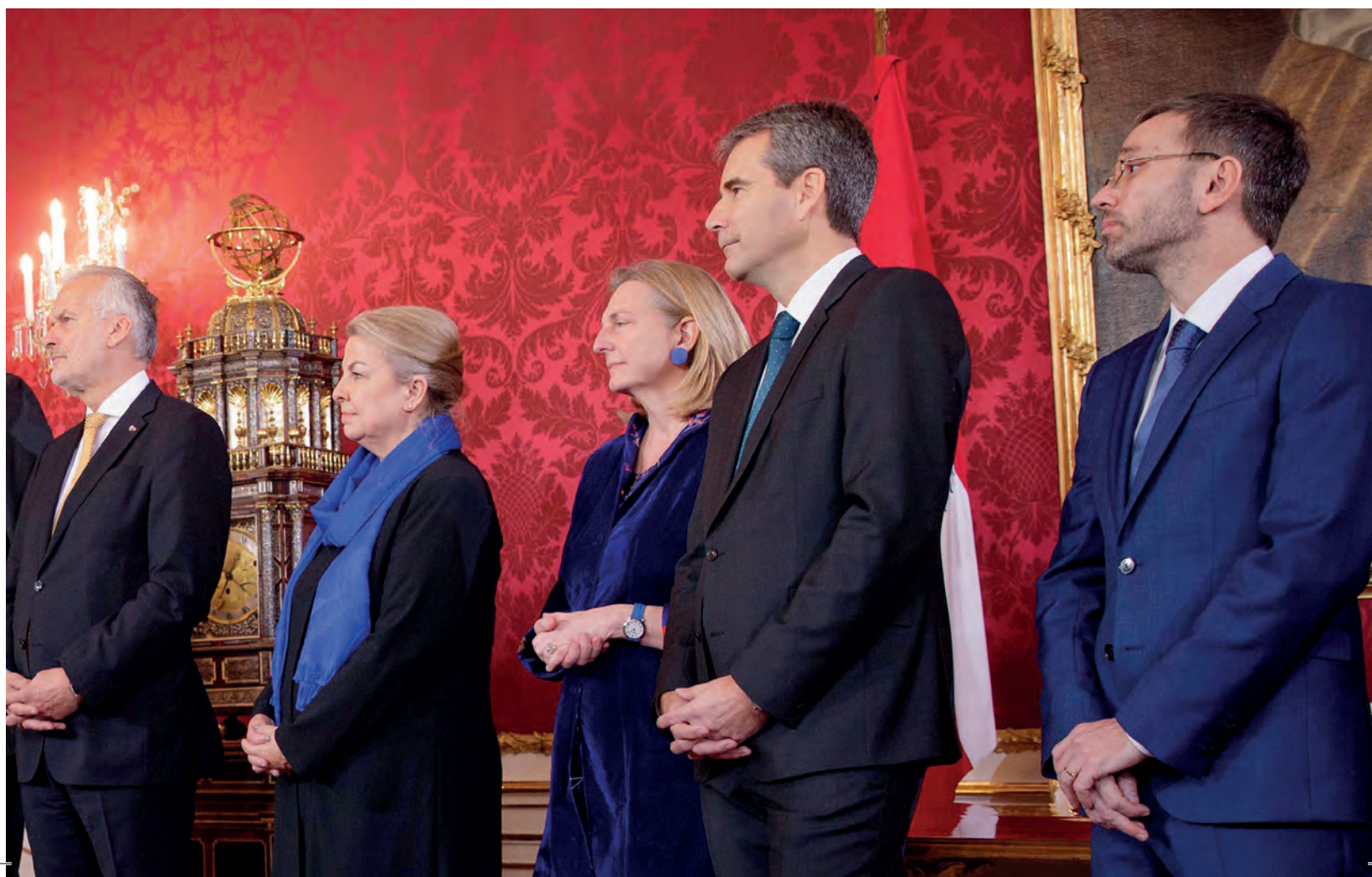
Nachhaltigkeit: Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Leistung: Wir fördern Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen oder im Ehrenamt. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer sie aber nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft.

Chancengleichheit: Wir wollen die beste Bildung für jedes Kind bieten – abgestimmt auf seine Bedürfnisse und Talente. Uns ist es ein Anliegen, dass kein Jugendlicher das Bildungssystem verlässt, ohne nicht wenigstens die Mindeststandards für Rechnen, Schreiben und Lesen zu beherrschen.

Klarheit: Wir wollen Änderungen von Gesetzen und anderen Regeln nutzen, um sie einfacher, klarer und für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher zu machen.

Subsidiarität: Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Sie fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften sowie den Staat. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union. ◆



Staat und Europa

Verwaltungsreform

Wir wollen die Verwaltung im österreichischen Staat grundlegend reformieren und vereinfachen. Dazu gehört, dass wir nicht immer mehr Regeln schaffen, sondern lieber die, die es schon gibt, ordentlich vollziehen. Dazu gehört auch, dass wir Doppelgleisigkeiten abbauen und klare Zuständigkeiten festlegen wollen.

Das internationale Engagement Österreichs stärken

Wir bekennen uns weiterhin zu einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs und, damit verbunden, zu einer konsequenten Fortsetzung der österreichischen Initiativen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nicht-Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sowie zum Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir wollen Österreich noch besser positionieren als internationalen Ort des Dialogs und werden unser multilaterales Engagement weiter verstärken – mit dem Ziel einer erfolgreichen Bewerbung für die Mitgliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat für die Jahre 2019–2021 und im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027–2028.

Besseres Bürgerservice bei Wahlen

Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten können künftig in einem Schritt gemeinsam mit der Stimmabgabe erledigt werden. Dies ist eine bedeutende Verbesserung des Bürgerservices und schränkt gleichzeitig durch den Identitätsnachweis vor der Behörde die Möglichkeiten der Manipulation erheblich ein. Wahlkarten- und Briefwahlstimmen werden künftig gemeinsam am Wahltag ausgezählt und das Endergebnis wird unmittelbar nach der Wahl ermittelt. Für Auslandsösterreicher bleibt die Briefwahl unverändert erhalten.

Subsidiarität als Leitsatz für die Entwicklung Europas

Unser Heimatland ist integraler Teil der Europäischen Union und der gemeinsamen Währung Euro. Wir werden als aktiver und zuverlässiger Partner an der Weiterentwicklung der EU mitarbeiten. Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, dass sich die EU im Sinne der Subsidiarität auf die wesentlichen, für gemeinsame Lösungen geeigneten Themen fokussiert. Nur so kann die EU ihrer Rolle als Wertegemeinschaft weiterhin gerecht werden. Ein in diesem Sinne starkes Europa kann Stabilität garantieren, Wachstum fördern und Frieden sichern.

Verwaltungsreform und Verfassung

Wir bekennen uns zu einer umfassenden Verwaltungsreform. Wir wollen Maßnahmen setzen, damit die öffentlichen Mittel bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen und nicht in veralteten Strukturen versickern. Aber auch politische Entscheidungsprozesse müssen näher an die Wählerinnen und Wähler herangeführt werden. Der Ausbau direktdemokratischer Elemente soll daher Schritt für Schritt mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen.

- Schuldenbremse in die Verfassung
- Eine Gebietskörperschaftenübergreifende Förderungsdatenbank umsetzen und zusätzlich Sanktionen bei Nichtbefüllung einführen (Transparenzdatenbank)
- Entflechtung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und Abschaffung gegenseitiger Blockademöglichkeiten
- Auflösung von Doppelstrukturen und Bündelung von Verwaltungsaufgaben
- Aufwertung des Volksbegehrens, nach erfolgreicher Evaluierung weiterer Ausbau der direkten Demokratie
- Prüfung der bestehenden Rechtsnormen gegen Dirty Campaigning

Europa und Außenpolitik

Als Europapartei ist für uns klar: Die Zukunft Österreichs ist fest mit dem europäischen Friedens- und Einigungsprojekt verknüpft. Wir werden als aktiver und zuverlässiger Partner an der Weiterentwicklung der EU mitwirken, wobei das Prinzip der Subsidiarität im Mittelpunkt stehen soll. Als neutraler Staat liegt eine engagierte internationale Politik in unserem nationalen Interesse. Österreich soll als historische Drehscheibe zwischen Ost und West ein aktiver Ort des Dialogs sein.

- Schaffung von „Österreich-Häusern“ im Ausland, damit Botschaften zu „One-stop-Shops“ für Visa,

Wirtschaftsberatung, Spracherwerb und Kulturvermittlung werden

- Bekenntnis zu einer Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Beitrag für einen effizienten EU-Außengrenzschutz und Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Österreich durch Grenzraumkontrollen
- Bekenntnis zu einer aktiven Handelspolitik unter Wahrung österreichischer Regeln und Standards
- Bekenntnis zu einer stärkeren Hilfe vor Ort sowie verstärkte Koppelung an die Bereitschaft von Drittstaaten zur Rücknahme abgelehnter Asylwerber

Der Cluster „Staat und Gesellschaft“ wurde vom stellvertretenden Bundesparteiobmann und langjährigen Abgeordneten Harald Stefan geleitet



Bild: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer

Ordnung und Sicherheit

Asyl als Schutz auf Zeit, Stopp der illegalen Migration

Wir trennen klar zwischen Zuwanderung und Asyl. Schutz auf Zeit bieten wir jenen Menschen, die wirklich vor Verfolgung flüchten müssen. Für illegale Migration, die meist unter Missbrauch des Asylrechts stattfindet, ist kein Platz. Daher werden wir Schritte für ein effizienteres Asylwesen setzen und für eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylwerber sorgen.

Staatsbürgerschaft neu

Für jene Menschen, die nicht als österreichische Staatsbürger zur Welt kommen, sollte die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft der Abschluss eines erfolgreichen Integrationsprozesses sein. Der Zugang dazu muss klar geregelt sein, und die Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Die Wertigkeit der österreichischen Staatsbürgerschaft sollte auch dadurch unterstrichen werden, dass der Rahmen der Verleihung noch feierlicher gestaltet wird.

Härtere Strafen für Sexual- und Gewaltverbrecher

Während viele Opfer ein Leben lang unter den an ihnen begangenen Verbrechen leiden, fallen die Strafen für die Täter – gerade auch in Relation zu Vermögensdelikten – viel zu gering aus. Dem tragen wir mit einer Strafverschärfung bei Gewalt- und Sexualdelikten Rechnung, bei der besonders verwerfliche Beweggründe, besonders brutale Tatbegehung oder nachhaltige psychische Folgen der Opfer berücksichtigt werden.

Moderne Polizei

Eine effiziente und moderne Polizei braucht gut ausgebildete Mitarbeiter und die notwendigen Rahmenbedingungen, um eine effektive Verbrechensbekämpfung möglich zu machen. Dem bevorstehenden Pensionierungsschub ist daher durch zusätzliche Ausbildungsstellen zu begegnen und die Ermittlungsmethoden müssen durch den Beschluss eines Sicherheitspaketes modernisiert werden.

Innere Sicherheit

Österreich ist ein sicheres und lebenswertes Land. Damit das so bleibt, verfolgen wir eine proaktive, umfassende Sicherheitspolitik. Wir werden die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen schützen und fördern. Das ist das beste Mittel, um staatsfeindlichem Extremismus den Boden zu entziehen. Gleichzeitig gilt es, die illegale Migration in unser Land zu stoppen und eine qualifizierte Zuwanderung an den Bedarf Österreichs auszurichten.

- Attraktivierung des Polizeiberufs: Schaffung von bis zu 2.000 Ausbildungsplätzen ab 2019 und Schaffung von 2.100 zusätzlichen Planstellen
- Einführung von zukunftsorientierten Ermittlungsmethoden unter Ausbau des Rechtsschutzes
- Gesamtstaatliche Migrationsstrategie: Legale Migration nach den Bedürfnissen Österreichs, Bekämpfung von Fluchtursachen und Forcierung einer effektiveren Rückkehrpolitik
- Effizienz im Asylverfahren und Außerlandesbringungen steigern
- Einsatz für ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“: Entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel, maßvolles Resettlement sowie Versorgung von auf hoher See Geretteten in „Rescue Centres“ außerhalb der EU

Integration

Integration ist ein langfristiger Prozess. Voraussetzungen dafür sind der Erwerb der deutschen Sprache, die Akzeptanz unserer Werte und die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Integration hängt zudem wesentlich von der Anzahl der zu integrierenden Personen und deren Qualifikationen ab. Von jenen Personen, die rechtmäßig und dauerhaft in unserem Land leben, wird eingefordert, dass sie sich aktiv um ihre Integration bemühen sowie unsere verfassungsmäßig verankerten Werte hochhalten.



- Deutsch vor Regelunterricht
- Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen
- Stärkere Kontrolle und in letzter Konsequenz Schließung von islamischen Kindergärten und islamischen Privatschulen bei Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen
- Ausbau von verpflichtenden staatlichen Werte- und Orientierungskursen
- Staatsbürgerschaft als möglicher Abschluss einer erfolgreichen Integration: Neugestaltung des feierlichen Rahmens für die Verleihung ◆

Zukunft und Gesellschaft

Bildungspflicht und Deutsch vor Schuleintritt

Unser Bildungssystem fördert in einem differenzierten Schulsystem die individuellen Interessen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler, animiert sie zur Leistung und überprüft die Fortschritte auf Basis von Notenwahrheit. Niemand darf das Schulsystem ohne Grundkompetenzen im Lesen-Schreiben und Rechnen verlassen. Damit entwickeln wir die Schulpflicht hin zu einer Bildungspflicht. Darüber hinaus soll durch Sprachstandserhebungen und Deutschklassen gesichert werden, dass jedes Kind vor dem Eintritt ins Regelschulwesen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt.

Kunst und Kultur als wesentlicher Standortfaktor für Österreich

Österreich ist eine starke Kunst- und Kulturnation, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Mit einer übergreifenden Kunst- und Kulturstrategie wird Österreich ein Zielbild entwerfen, wie es sich zukünftig international bei diesem Thema positionieren und Kunst und Kultur in Österreich nachhaltig stärken will. Auch das Gedenkjahr 2018 wird für diese Bundesregierung eine ganz wichtige Rolle spielen.

Mehr Erfolge durch gezielte Spitzensportförderung

Erfolge im Spitzensport erhöhen die Identifikation mit unserer Heimat, machen Österreich zum internationalen Aushängeschild und motivieren überdies unzählige Menschen, selbst ein sportliches und damit gesünderes Leben zu führen. Wir wollen daher mit einer durchgehenden Strategie von der Talentförderung bis in den Profisport sowie einer leistungs- und ergebnisorientierten Sportförderung mehr großartige Erfolge möglich machen.

Österreich fit für die Herausforderungen der Digitalisierung machen

Ohne Zweifel spielt die Digitalisierung als transformierende Kraft eine Schlüsselrolle für den Innovationsstandort der Zukunft. Neue digitale Technologien wie künstliche Intelligenz, Robotik oder Blockchain werden noch nicht vorhersehbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben. Für Österreich gilt es, die Digitalisierung vor diesem Hintergrund aktiv als Chance zu nutzen. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite die öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren und auf der anderen Seite die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, wie den Breitband-Ausbau und die Ausrollung des 5G-Standards, damit Bürger und Unternehmen erfolgreich sind.

Bildung

Das österreichische Bildungssystem darf weder auf das Bewahren des Überkommenen noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein. Jede Schülerin und jeder Schüler verfügt über unterschiedliche Talente und Begabungen und möglicherweise Förder- und Aufholbedarf. Ein modernes Bildungssystem

richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen

- Überarbeitung und Präzisierung der Benotungssystematik für alle Schultypen und Schulstufen, aufbauend auf einer fünfteiligen Notenskala
- Verstärkte Vermittlung kreativer, handwerk-



muss diesen differenzierten Anforderungen mit einem differenzierten Angebot an Schultypen Rechnung tragen.

- Einführung Bildungspflicht: Definition bestimmter Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse (Lesen, Schreiben, Rechnen, soziale und kreative Kompetenzen), die jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn beherrschen muss
- Klare Definition der Zielsetzungen von Bildung und Betreuung in den elementarpädagogischen Einrichtungen
- Chancen-Pass am Beginn der 7. Schulstufe: Prüfung der Bildungsstandards, um die

licher, wirtschaftlicher und unternehmerischer Kompetenzen bzw. von Kenntnissen im MINT-Bereich

Wissenschaft

Die Innovationskraft eines Landes hängt von der Qualität der Hochschulen und vom Engagement aller ab, die an ihnen forschen, lehren und natürlich auch studieren. Unter dem Dach von Hochschulen finden sich die Impulsgeber für Wissenschaft und Forschung. Wer Wissensdurst klug fördert, gewinnt in der globalisierten und digitalisierten Welt.

- Verbesserung der Studienbedingun-

gen durch ein neues Zugangsregelungs-Management

- Einführung moderater Finanzierungsbeiträge von Studierenden, um die Verbindlichkeit des Studierens zu erhöhen
- Steigerung der Ausbildungs- und Studienplätze für digitale Berufe
- Abgestimmte Schwerpunktsetzungen der Hochschulen weiter fördern und stärkere Ausrichtung des Studienangebots am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf
- Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen und verstärkte Einbettung in universitäre Rahmen- und Steuerungsbedingungen

Innovation und Digitalisierung

Österreich ist eine kleine, exportorientierte Volkswirtschaft. Als solche ist es entscheidend, hochinnovative Produkte und Dienstleistungen erfolgreich auf den Weltmärkten zu positionieren. Ziel ist es daher, dass Österreich zur Gruppe der europäischen Innovations-Leader aufsteigt.

- Jährliche, kontinuierliche Erhöhung der Forschungsausgaben des Bundes, um eine Forschungsquote von 3,76 Prozent zu erreichen
- Überarbeitung der Lehrpläne in Richtung Digital- und Medienkompetenzen
- Exzellenzinitiative zur Steigerung der kompetitiven Grundlagenforschung
- Konsolidierung der fördernden Stellen als „One-Stop-Shops“ entlang der Innovationskette
- Gründungen und Start-ups von technologieintensiven Unternehmen erleichtern
- Zügiger Ausbau einer modernen, leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur. Ziel 2025: Landesweite Versorgung mit leistungsstarkem Breitband sowie mobile Versorgung mit 5G

Medien

Die Medienlandschaft ist im Umbruch, die Digitalisierung im Vormarsch. Die Politik muss dafür sorgen, auch in einem derart veränderten Umfeld weiterhin ein Medienangebot mit spezifisch österreichischen Inhalten insbesondere durch öffentlich-rechtliche Medien sicherzustellen.

- Den öffentlich-rechtlichen Auftrag ins 21.

Jahrhundert bringen und insbesondere die Digitalisierung berücksichtigen

- Erarbeitung von Leitlinien für ein ORF-Gesetz NEU
- Unterstützung junger österreichischer Talente in öffentlich-rechtlichen Medien
- Gründung einer gemeinsamen digitalen Vermarktungsplattform der österreichischen Medienlandschaft
- Journalistische Qualität über Aus- und Weiterbildung im eigenen Betrieb fördern

Sport

Sport ist ein wesentlicher Bestandteil im Leben der Österreicherinnen und Österreicher. Deshalb wollen wir den Breitensport ausbauen und Spitzensport erfolgreicher machen.

- Langfristige Sportstrategie, die alle Bereiche der Sportförderung, von der Schule bis zum Spitzensport, umfasst
- Bundesweite Umsetzung der täglichen Bewegungseinheit für alle Kinder in öffentlich finanzierten Betreuungseinrichtungen
- Einführung von Laufbahnmodellen im Spitzensport
- Forcierung der Initiative „Fit Sport Austria“ in der Gesundheitsprävention
- Bessere Bedingungen für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung schaffen

Kunst und Kultur

Österreich gilt international als Kulturnation. Gerade im Ausland wird man häufig auf die Errungenschaften unserer Kunst- und Kulturschaffenden angesprochen. Daher sind Kulturausgaben für uns nicht zuletzt nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovation der Gesellschaft.

- Schaffung einer Kunst- und Kulturstrategie, übergreifend über alle Gebietskörperschaften unter enger Einbindung aller Gruppen
- Besondere Berücksichtigung der künstlerischen Nachwuchsförderung
- Kunst und Kultur verstärkt in den Kindergarten und Schulalltag integrieren
- Förderung von Exzellenz und klares Bekenntnis zur Qualität bei der Förderung von Kultureinrichtungen
- Das Gedenkjahr 2018 als gemeinsames Projekt für das ganze Land etablieren ◆

Fairness und Gerechtigkeit

Ein großes Plus für Familien

Familien werden stärker als bisher gefördert, indem jedes Kind das Nettoeinkommen erhöht. Im Wege des „Familienbonus Plus“ wird die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro reduziert. Wenigverdiener werden durch eine Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags entlastet. Antragslose Verfahren zum Erhalt von Familienleistungen werden ausgebaut. Gleichzeitig erfolgt eine europarechtskonforme Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten jener Staaten, in denen die begünstigten Kinder leben.

Soziale Absicherung im Alter durch eine Mindestpension

Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, dem muss das staatliche Pensionssystem im Ruhestand soziale Sicherheit garantieren. Daher führen wir eine erhöhte Mindestpension von 1.200 Euro für Menschen mit 40 Beitragsjahren ein. Ehepaare erhalten bei 40 Beitragsjahren eines Partners zumindest 1.500 Euro. Die Pensionen werden jährlich auf Vorschlag der Pensionskommission angepasst.

Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat

Menschen, die arbeiten oder jahrelang einen Beitrag für Österreich geleistet haben, sollen finanziell besser gestellt sein als andere, die das nicht tun oder getan haben. Eine Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat über den Bezieherkreis der Sozialhilfe (Mindestsicherung) muss gestoppt werden. Die Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte in der Mindestsicherung NEU wird daher auf 365 Euro Grundleistung sowie einen möglichen Integrationsbonus von 155 Euro reduziert. Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft werden mit 1.500 Euro gedeckelt.

Zusammenlegung der Sozialversicherungen

Es ist unser Ziel, am System zu sparen und nicht am Menschen. Ein Bereich, in dem es immer noch viele Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten gibt, sind die Sozialversicherungen. Wir wollen hier eine österreichweite Leistungsharmonisierung erreichen und gleichzeitig die Anzahl der Träger auf maximal vier bis fünf Träger reduzieren. Die Zusammenlegung und Verschlinkung der Strukturen in den Sozialversicherungen wird eines der großen Reformprojekte dieser neuen Bundesregierung.

Familie und Jugend

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen daher dafür Sorge tragen, dass ihre Leistungen finanziell und ideell Anerkennung finden. Neben echter Wahlfreiheit und einer zielgerichteten Förderung von Familien mit niedrigem Einkommen setzen wir auf ein familiengerechtes Steuermodell. Das Wohl und der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen hat für uns oberste Priorität. Wir wollen ihnen die besten Startvoraussetzungen mit auf den Weg geben.

- „Familienbonus Plus“: Ein Plus bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr (Reduktion der Lohnsteuerpflicht; nicht negativ wirksam)
- Weiterentwicklung der antragslosen Verfahren zum Erhalt von Familienleistungen
- Europarechtskonforme Indexierung der Familienbeihilfe (Anpassung an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen EU-Staat)
- Reform der Schulferienregelungen und Einführung von Herbstferien unter Einbindung der Schulpartner
- Bundesweite Vereinheitlichung des Jugendschutzes
- Gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten

Frauen

Frauen übernehmen Verantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Chancengleichheit darf dabei kein leeres Schlagwort sein.

- Gemeinsam mit Sozialpartnern Diskriminierungen in allen Kollektivverträgen prüfen und beseitigen (Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen)
- Ziel Einkommenstransparenz: Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf einen bundesweit einheitlichen Standard
- Rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen zur finanziellen Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern
- Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung: Flexiblere Öffnungszeiten, flächendeckender Ausbau schulischer Nachmittagsbetreuung, Ausweitung der Ferienbetreuung
- Forcierung von Gendermedizin
- Frauenbudget absichern und Ausbau der



Der Cluster „Soziales, Fairness und Gerechtigkeit“ wurde von der langjährigen Wiener Abgeordneten Dagmar Belakowitsch geleitet.

notwendigen Einrichtungen (z. B. Gewaltschutzzentren, Notwohnungen sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen)

Pensionen

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll sich auch im Alter auf soziale Sicherheit verlassen können. Wir bekennen uns daher zu einem stabilen und nachhaltigen Pensionssystem.

- Abschaffung aller noch verbliebenen Pensionsprivilegien
- Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter
- Änderung des Prozentsatzes bei der Korridorpension bei längerem Arbeiten
- Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- Entschiedene Bekämpfung der Altersarmut



Bild: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

Gesundheit

Die Sicherung und der weitere Ausbau unseres hochwertigen Gesundheitssystems erfordern Initiativen, die die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten, die Qualität der Versorgung sowie die Effizienz und Effektivität der Verwaltung in den Mittelpunkt stellen.

- Stärkung des Hausarztes und der Gesundheitsversorgung vor Ort
- Einführung von Landarzt-Stipendien
- Verbesserung der Rahmenbedingungen, um Wartezeiten auf Operationen, Behandlungen und Untersuchungen transparent zu machen und zu reduzieren
- Vorsorgeuntersuchung in Verbindung mit Anreizen (z. B. Erlassen der E-Card-Gebühr)
- Nachhaltige Reduktion der Sozialversicherungsträger auf maximal fünf Träger

- Mutter-Kind-Pass: Weiterentwicklung des Leistungsspektrums bis zum 18. Lebensjahr
- Bekämpfung von Sozialmissbrauch

Soziales und Konsumentenschutz

Wir bekennen uns zum Sozialstaat Österreich und sehen es als Aufgabe des Staates, dort zu unterstützen, wo sich der Einzelne nicht selbst helfen kann. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir im System effizienter und treffsicherer werden und die Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen. Gelebte Solidarität bedeutet, die Pflege und Betreuung für alle in bestmöglicher Qualität sicherzustellen.

- Bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung und Deckelung der Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft auf maximal 1.500 Euro
- Intensives Coaching und signifikante Kürzungen bei Arbeitsverweigerung oder Schwarzarbeit
- Anspruch auf Mindestsicherung in Österreich setzt voraus, in den vergangenen sechs Jahren mindestens fünf Jahre legal in Österreich gelebt zu haben
- Mindestsicherung NEU: Reduktion der Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte
- Einheitliche finanzielle Rahmenbedingungen für Pflege und Betreuung in den verschiedenen Abstufungsformen
- Vermehrte Unterstützung pflegender Angehöriger und „One-Stop-Shop“ für Förderungen und Unterstützung
- Eigenes Sonderfach für Palliativpflege in der Facharztausbildung
- Ausbau des Konsumentenschutzes in Beratung und Rechtshilfe
- „Ehrenamt-Gütesiegel“: Zertifizierung und Dokumentation freiwilliger Arbeit und dabei erworbener Qualifikationen
- Transparenz der Kriterien und Leistungen im Bereich der persönlichen Assistenz und Angebote in Richtung „Best Practice“ ausbauen
- Abbau von Bürokratie für Menschen mit Behinderung
- Verstärkte Koordination und Forcierung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt

Standort und Nachhaltigkeit

„EStG 2020“ als Mittelpunkt einer massiven Steuervereinfachung

Mit dem Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Österreich auf 40 Prozent zu senken, geht eine massive Vereinfachung des Steuersystems einher. Im Mittelpunkt steht eine umfassende Reform des Einkommensteuergesetzes als „EStG 2020“. Wesentliche Inhalte sind eine Modernisierung der Gewinnermittlung und einfachere Steuererklärungen für Kleinunternehmer, die Förderung der privaten Altersvorsorge sowie die Zusammenführung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen.

Unternehmerische Freiheit und Entlastungen für Gastronomie und Tourismus

Im Sinne der unternehmerischen Freiheit dürfen Gastronomiebetriebe weiterhin Raucherbereiche anbieten, wobei der Schutz von Mitarbeitern und Jugendlichen ausgebaut wird. Der Nichtraucherschutz wird sich am „Berliner Modell“ orientieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche und damit der Tourismusstandort Österreich werden durch eine Senkung der Umsatzsteuer auf Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent gestärkt.

Den ländlichen Raum nachhaltig stärken

Wir bekennen uns zum Erhalt sowie zur Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums. Um den ländlichen Raum zu stärken, müssen die Chancen der Digitalisierung genutzt und die Mobilität verbessert werden. Darüber hinaus muss für einen Breitband-Ausbau gesorgt werden, um mehr hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen zu ermöglichen.

Klimaschutz konsequent vorantreiben

Der Umbau unseres Energiesystems auf heimische, erneuerbare Energien stellt ein wesentliches Element eines aktiven Klimaschutzes dar und ist daher das Gebot der Stunde. Die neue Bundesregierung wird eine integrierte nationale Klima- und Energiestrategie umsetzen und schafft damit verlässliche und planbare Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen am Standort Österreich. Ziel ist es, die internationalen Vorgaben zur Reduktion von Treibhausgasemissionen für Österreich zu erfüllen und damit unseren Beitrag für die weltweite Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

Finanzen und Steuern

In kaum einem anderen Land ist die Steuerlast so hoch wie in Österreich. 2016 hatte unser Land mit 42,9 Prozent die fünfthöchste Steuer- und Abgabenquote der gesamten EU. Wir werden die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent senken.

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie Vereinfachung des Einkommensteuerrechts
- Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen
- Senkung der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktionen
- Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent
- Abschreibungen an die tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauer angleichen
- Senkung der Körperschaftssteuer – insbesondere auf nicht entnommene Gewinne sowie hinsichtlich der Mindest-KöSt
- Faire Besteuerung internationaler Internet-Konzerne durch Einführung der „Digitalen Betriebsstätte“ auf OECD- oder europäischer Ebene

Wirtschaftsstandort und Entbürokratisierung

Wir regulieren in Österreich viel zu viel. Die Regulierungsdichte ist nicht nur ein tägliches Ärgernis, sondern schadet auch unserem Standort und gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze. Wir werden daher Verwaltung und Bürokratie deutlich reduzieren.

- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, um das Arbeitszeitvolumen besser an die Auftragslage anpassen zu können und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu ermöglichen
- Verstärkte Einrichtung von „One-Stop-Shops“ für Bürger und Unternehmen
- Überarbeitung des Kumulationsprinzips im Verwaltungsstrafrecht zur Vermeidung von Mehrfachbestrafung und Verankerung des Prinzips „Beraten statt Strafen“
- Rücknahme von „Gold-Plating“ – dem Übererfüllen von EU-Vorgaben
- Wirtschaftsförderungsstrategie: Mehrfach-

förderungen vermeiden, Effektivität und Effizienz von Förderungen steigern, Förderabwicklung vereinfachen und digitalisieren

- Reduktion der Melde- und Informationspflichten für Unternehmen
- Durchforstung der Arbeitnehmerschutzvorschriften, das Arbeitsinspektorat als Serviceeinrichtung etablieren

Arbeit

Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen, die es Unternehmen ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen, werden wir gezielte Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik setzen.

- Stärkung und Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung, z. B. Weiterentwicklung der betrieblichen Lehrstellenförderung, Modernisierung der Lehrberufe, Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Lehre und Fachhochschulen
- Schulungen des AMS verstärkt in Kooperation mit Unternehmen durchführen
- Beschäftigungsanreize durch eine Neuausrichtung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und bedarfsorientierter Mindestsicherung
- Zumutbarkeitsregeln schärfen mit dem Ziel, die Arbeitsplatzvermittlung zu erleichtern
- Qualifizierte Zuwanderung unter stärkerer Berücksichtigung des Bedarfs auf dem heimischen Arbeitsmarkt
- Umsetzung einer praxisgerechten Mangelberufsliste, die die regionalen Arbeitsmarktgegebenheiten berücksichtigt, und Ausbau überregionaler Vermittlung
- Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs unter Einbeziehung der Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Angleichung der Belegschaftsorgane (Betriebsräte)

Verkehr und Infrastruktur

Ein innovatives Mobilitäts- und Transportsystem ist für unsere Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts entscheidend.

- Schnellere Genehmigungsverfahren insbesondere für Infrastrukturprojekte, faire Inter-

essenabwägungen und klare Vorgaben beim UVP-Verfahren

- Bekenntnis zur Drehkreuzfunktion des Flughafens Wien-Schwechat und zur Errichtung der dritten Piste
- Zukunftsfähigkeit und Produktivität der ÖBB sichern
- Neues österreichweites Tarif- und Vertriebssystem für den öffentlichen Verkehr, Harmonisierung der Tarif- und Automatensysteme

sowie die Sicherung unserer natürlichen Ressourcen.

- Reduktion der Bürokratie für landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe
- Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020: Sicherstellung der Mittel auf europäischer und nationaler Ebene, Stärkung der ökosozialen Agrarpolitik
- Anti-Gentechnik-Rabatt auf EU-Ebene für

Der Cluster „Standort“ wurde vom Finanzexperten Hubert Fuchs geleitet.

Bild: Parlamentsdirektion / Thomas Janzen

- Bekenntnis zum regionalen, schienengebundenen Verkehr
- Ausbau Österreichs zu einem Vorreiterland für automatisiertes/autonomes Fahren

Landwirtschaft und ländlicher Raum

Die heimischen Landwirtinnen und Landwirte sind ein starker Wirtschaftsfaktor und stehen für Produkte auf höchstem Niveau, für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft

- gentechnikfreie Staaten im Anbau
- Stellung der Landwirtschaft im Wettbewerbsrecht verbessern
- Mehr Bewusstsein für Ernährung und Verbesserung der Kennzeichnung von Lebensmitteln
- Ausweitung des Versicherungsschutzes in der Land- und Forstwirtschaft
- Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur mit dem Ziel einer besseren Anbindung der

Städte an das Umland (Schiene, Straße, öffentlicher Verkehr)

- Medizinische Versorgungssicherheit im ländlichen Raum gewährleisten

Umwelt

Umweltschutzmaßnahmen sind Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität, ein gesundes Lebensumfeld und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

- Erarbeitung und Umsetzung einer integrierten nationalen Klima- und Energiestrategie
- Konsequente Fortsetzung des österreichischen Anti-Atom-Wegs sowie des Kohleausstiegs
- Verbot von Fracking unter den derzeit gegebenen technischen Voraussetzungen
- Erhalt und Förderung der Biodiversität durch Erneuerung der nationalen Biodiversitätsstrategie
- Entwicklung eines strategischen Maßnahmenplans für Umwelttechnologien sowie die Kreislauf- und Recyclingwirtschaft

- Höhere Strafen für illegalen Tierhandel und Tierquälerei

Energie

Die Weiterentwicklung des Energiesystems zu einer modernen, ressourcenschonenden und klimaverträglichen Versorgung ist zentral. Wir wollen erneuerbare Energieträger aus eigener Produktion stärken, um Österreich unabhängiger von Energieimporten zu machen.

- Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft bis 2030
- Ausbau bestehender und Errichtung neuer Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien
- Ausbau der Lade-Infrastruktur sowie praktische Erleichterungen für E-Mobilität
- Steigerung der Energieeffizienz speziell im Wohnbau und Investitionsförderung für private Photovoltaik und Kleinspeicher
- Sozial verträglicher Umstieg von Ölheizungen auf erneuerbare Energie- und Heizungsträger sowie Erneuerungsinitiative für überalterte Heizkessel ◆

Weiters haben für die Freiheitlichen das Regierungsprogramm verhandelt:

Medien: Hans-Jörg Jenewein, Susanne Fürst, Norbert Steger

Justiz: Peter Fichtenbauer, Markus Abwerzger, Roman Söllner, Rüdiger Schender

Sport: Petra Steger, Christian Höbart, Dietbert Kowarik, Philipp Trattner

Kunst & Kultur: Walter Rosenkranz, Claudio Eustacchio, Heinz Schödl

Innere Sicherheit: Walter Rosenkranz, Johann Tschürtz, Werner Herbert, Peter Goldgruber

Landesverteidigung: Reinhard Bösch, Mario Kunasek, Alexander Platzer, Manfred Reindl

Arbeit: Bernhard Rösch, Peter Wurm, Helmut Günther

Pensionen: Werner Neubauer, Christian Ragger, Helmut Günther

Frauen: Carmen Schimanek, Marlene Svazek, Petra Steger

Familie & Jugend: Anneliese Kitzmüller, Petra Steger, Marlene Svazek

Soziales & Konsumentenschutz: Peter Wurm, Petra Wagner, Christian Ragger

Finanzen & Steuern: Alexander Petschnig, Robert Lugar, Barbara Kolm, Eduard Schock

Tourismus: Gerald Hauser, Roman Haider, Rudi Federspiel

Wirtschaft & Entbürokratisierung: Axel Kassegger, Andreas Rabl, Mario Eustacchio, Matthias Krenn

Verkehr & Infrastruktur: Christian Hafenecker, Günther Steinkellner, Arnold Schiefer

Energie: Axel Kassegger, Wolfgang Klinger, Dietmar Preinstorfer

Wissenschaft & Forschung: Petra Steger, Leopold Schöggel, Felix Mayrbäurl

Digitalisierung & Innovation: Gerhard Deimek, Christian Höbart, Andreas Reichhardt

Bildung: Wendelin Mölzer, Monika Mühlwerth, Elisabeth Dieringer-Granza

Umwelt: Walter Rauch, Gerhard Deimek, Dietrich Wertz

Landwirtschaft & ländlicher Raum: Walter Rauch, Gottfried Waldhäusl, Manfred Muhr



Bild: BKA/Andy Wenzel

Wir werden mit einer hervorragenden Mannschaft Regierungsverantwortung übernehmen und haben folgende Persönlichkeiten für die Bundesregierung nominiert:

- **Heinz-Christian Strache**
Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport
- **Ing. Norbert Hofer**
Bundesminister für Verkehr, Infrastruktur und Technologie
- **Herbert Kickl**
Bundesminister für Inneres
- **Dr. Karin Kneissl**
Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
- **Mario Kunasek**
Bundesminister für Landesverteidigung
- **Mag. Beate Hartinger**
Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- **MMag. DDr. Hubert Fuchs**
Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

Die FPÖ und die von ihr nominierten Regierungsmitglieder sind sich der großen Verantwortung bewusst, die sie in den nächsten fünf Jahren übernehmen. Wir nehmen diese Verantwortung mit Freude, aber auch mit großer Demut an. Im Mittelpunkt unseres Wollens und Handelns werden stets unsere Heimat Österreich und das Wohl ihrer Bürger stehen.

Ruhiges Auftreten, konsequent in der Sache

Neuer **Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie ist Norbert Hofer**. Bundesweite Bekanntheit erlangte der 47-jährige Burgenländer, als er 2016 als freiheitlicher Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl antrat. Der gelernte Flugzeugtechniker stieß bereits früh zur FPÖ: Seit 1994 ist Norbert Hofer Mitglied des LandesparteiVorstands Burgenland, von 1996 bis 2007 war er LandesparteiSekretär der burgenländischen

Freiheitlichen, und ab 2006 war der Vater von vier Kindern Abgeordneter zum Nationalrat, dessen Dritter Präsident er 2013 wurde.

Ein besonderes Anliegen von Norbert Hofer ist die Behindertenpolitik, zumal er seit einem Sportunfall im Jahr 2003 auf einen Gehstock angewiesen ist. Norbert Hofer ist überdies maßgeblich für das aktuelle Parteiprogramm der FPÖ verantwortlich. ♦



Bild: BMVIT / Thomas Jantzen

Die anerkannte Nahostexpertin

Für die neue **Außenministerin Karin Kneissl** ist es gewissermaßen eine Rückkehr, denn von 1990 bis 1998 war die bekannte Nahostexpertin bereits für das Außenministerium tätig. 1965 in Wien geboren, verbrachte die parteifreie, von der FPÖ nominierte Außenministerin einen Teil ihrer Kindheit

in Jordanien, wo ihr Vater als Pilot für König Hussein von Jordanien tätig war. Kneissl, die sieben Sprachen spricht, studierte in Wien Rechtswissenschaften und promovierte 1992 in Völkerrecht.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst war Karin Kneissl freischaffend als Autorin und Lehrbeauftragte tätig. Zudem veröffentlichte sie mehrere Bücher – darunter „Mein Naher Osten“ und „Wachablöse – Auf dem Weg in eine chinesische Weltordnung“ –, zahlreiche Gastbeiträge in den Zeitungen des Landes und nahm an TV-Diskussionsrunden teil. ♦



Bild: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Der richtige Mann fürs Bundesheer

Der neue freiheitliche **Verteidigungsminister Mario Kunasek** ist Garant dafür, dass unserem Bundesheer endlich wieder der gebührende Stellenwert eingeräumt wird. Schließlich ist dem 41-jährigen Steirer nicht nur die Verteidigungspolitik ein Anliegen, vielmehr war Kunasek jahrelang auch beruflich für das Bundesheer tätig, zuletzt als Stabsunteroffizier.

Zur FPÖ stieß Kunasek über den Ring Freiheitlicher Jugendlicher und

als Personalvertreter der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher – Arbeitsgemeinschaft der Freiheitlichen Arbeitsangehörigen. 2008 wurde der gelernte Kfz-Techniker Abgeordneter zum Nationalrat und in weiterer Folge Vorsitzender des Ausschusses für Landesverteidigung. 2015 kehrte Kunasek als Klubobmann des steirischen Landtagsklubs in die Heimat zurück. ♦



Bild: Bundesheer



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Der Durchsetzungsstarke

Mit **Herbert Kickl** übernimmt erstmals ein Freiheitlicher das **Innenministerium**. Dieses gilt als kein einfaches Ressort, aber die dafür erforderliche Durchsetzungskraft bringt der 49-jährige gebürtige Kärntner zweifelsfrei mit. Nach seinem Wehrdienst bei den Gebirgsjägern und dem Studium der Publizistik und Politikwissenschaften sowie der Geschichte

stieß Kickl 1995 zur FPÖ, wo er schließlich zum Redenschreiber Jörg Haider wurde. Als es 2005 zur orangenen Abspaltung kam, blieb Kickl hingegen seiner Gesinnungsgemeinschaft treu. Im selben Jahr wurde der verheiratete Vater eines Sohnes FPÖ-Generalsekretär – in dieser Funktion trug er maßgeblich zum Wiederaufstieg der Freiheitlichen bei.

Im Jahr 2006 zog Kickl in den Nationalrat ein und wurde stellvertretender Obmann des freiheitlichen Parlamentsklubs. ♦

Die fachliche Kompetenz ist unbestritten

Auch politische Gegner werden **Beate Hartinger** wohl kaum die fachliche Eignung für das Amt der **Gesundheits- und Sozialministerin** absprechen können. Schließlich war die studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin, die auch als Universitätslektorin tätig war und Beiträge in Fachzeitschriften verfasst hat, unter anderem Geschäftsführerin und Generaldirektor-Stellvertreterin im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Hartinger, 1959 in Graz geboren

und verheiratete Mutter von zwei Kindern, wurde 2013 mit dem Ehrenring der österreichischen Sozialversicherung ausgezeichnet. Trotz ihrer vielfältigen Tätigkeiten im heimischen Gesundheits- und Krankenanstalten-Management ist Beate Hartinger tief in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft verankert. Von 1996 bis 1999 war sie Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag und von 1999 bis 2002 Abgeordnete zum Nationalrat. ♦



Bild: Sozialministerium, Johannes Zimmer



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Der Doppeldoktor als Staatssekretär

An seiner fachlichen Qualifikation besteht nicht der geringste Zweifel: **Hubert Fuchs**, der neue **Staatssekretär im Finanzministerium**, ist doppelter Doktor, schloss das Betriebswirtschaftsstudium in Wien und das Jusstudium in Salzburg jeweils mit dem Doktorgrad ab. Fuchs, 1969 in St. Johann im Pongau geboren und seit 2013

Abgeordneter zum Nationalrat, war bis zu seinem Eintritt in die Bundesregierung beruflich als Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater tätig. Unter anderem war er Obmannstellvertreter des Finanzausschusses. Zudem hat der Salzburger das letzte Steuerreform-Konzept der Freiheitlichen führend mit erarbeitet. Eine der Leidenschaften von Hubert Fuchs ist übrigens das Bundesheer, wo er es bis zum Oberst des Intendantienstes schaffte. Auch war er stellvertretender Obmann des Ausschusses für Landesverteidigung. ♦

Führte die Freiheitlichen in die Regierung

Nach zwölf Jahren in Opposition führte **Heinz-Christian Strache** die Freiheitlichen wieder in die Regierung, wo er selbst das Amt des **Vizekanzlers und Bundesministers für Beamte und Sport** bekleidet. 1969 in Wien geboren, von seiner alleinerziehenden Mutter großgezogen, stieg „HC“, wie er allgemein genannt wird, 1991 in die Politik ein, als er Bezirksrat in Wien-Landstraße wurde. Wenige Jahre später, 1996, wurde der gelernte Zahntechniker Mitglied des Landtages und Gemeinderates der Bundeshauptstadt, und im März 2004 übernahm Strache die Obmannschaft der FPÖ Wien.

Als HC Strache am 23. April 2005 vom Parteitag in Salzburg zum neuen Bundesparteiobmann der Freiheitlichen gewählt wurde, übernahm er eine große Last. Denn Anfang April hatte sich das BZÖ unter Jörg Haider von der FPÖ abgespalten und einen großen Scherbenhaufen, insbesondere finanzieller Natur, hinterlassen. Dennoch gelang es den Freiheitlichen unter Strache, sich rasch zu konsolidieren und zurück auf den Weg des Erfolgs zu kommen, wie ein Blick auf die Ergebnisse der Nationalratswahlen zeigt. Machten 2006 rund elf Prozent der Österreicher bei der FPÖ ihr Kreuz, so waren es 2017 knapp 26 Prozent.

Die zwölf Jahre an der Parteispitze prägten und veränderten sowohl Strache als auch die FPÖ selbst. Stand anfangs (Fundamental-) Opposition zur rot-schwarzen Koalition im Mittelpunkt, zeigte sich Strache mit der Zeit staatstragender, wurde im Ton verbindlicher, blieb aber dennoch in der Sache konsequent und prinzipientreu. Letzteres zeigt sich klar im neuen Regierungsprogramm, wo die blaue Handschrift – etwa im Sicherheitsbereich, der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger oder dem ausdrücklichen Nein zum EU-Beitritt der Türkei –, deutlich sichtbar ist. Privat ist Strache in zweiter Ehe verheiratet, aus seiner ersten Ehe stammen zwei Kinder. ◆



Bild: FPÖ/Ruttinger

**„VIELE KLEINE SCHRITTE SIND NOTWENDIG,
UM AUF DEN GIPFEL ZU KOMMEN ...“**

HC STRACHE

Impressum:

© 2018; FPÖ-Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01/512 35 35 - 0; Fax: 01/512 35 35 - 9; E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at
www.fpoe-bildungsinstitut.at. Alle Rechte vorbehalten.

Texterstellung, Layout und Herstellung:
Edition K3 Gesellschaft für Sozialpolitische Studien, Verlags- und Beratungs- Ges.m.b.H

FPÖ
BILDUNGSINSTITUT